Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 700 Mark.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Freitag
29. Juni 1923

Chefredakteur Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48 Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Man bestellt beim Verlag. Bezugspreis 15000 M monatl.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes entsteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückgabe eines Entgelts. Tagespreis für Anzeigen 3000,— M je 33 mm breite mm-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

29 6 m Nr. 296 700
62. Jahrgang.

Der Kanzler bei den Rheinländern.

Kein Kompromiß! — Es gibt keine Rheinlandfrage!

Py. **Barmen**, 28. 6. (Eigenbericht.)

Nach der Begrüßung des Reichskanzlers durch den Präsidenten des Provinziallandtages Dr. Jarres folgten die Erklärungen der Parteien, voran diejenige der Kommunisten, in welcher es zum Schluß heißt: Die kommunistische Partei Deutschlands erklärt, daß sie alle Abdrängungsversuche des Rheinlands bekämpft, ganz gleich, in welcher Form diese Loslösung stattfinden soll. Dann gab im Namen der Fraktionen des Zentrums, der Arbeitsgemeinschaft und der Vereinigten Sozialdemokratie Justizrat Dr. Mönning-Köln folgende Erklärung ab: Wir werden dem verstärkten Druck die Einigkeit, der Gewalt das Recht, der Vernichtungsabsicht den Willen zur Freiheit entgegensetzen. Eine rheinische Frage gibt es für das rheinische Volk nicht, auch über die Form unserer Zugehörigkeit zum Deutschen Reiche.

Reichskanzler Cuno

ergriff darauf das Wort zu folgender Rede: Die Einigkeit, die in den Erklärungen aller Parteien des Hauses zum Ausdruck kam, in dem Willen der Abwehr gegen Frankreich, gegen die französischen und belgischen Eingriffe in deutsches Land und gegen deutsches Recht, haben einen überwältigenden Eindruck auf mich gemacht.

Ich kann nur immer wiederholen, was von mir bei jeder Gelegenheit erklärt wurde, was ich auch heute wiederhole und was hier

öffentlich und feierlichst nochmals dokumentiert

sein mag, weil man es nicht oft genug aussprechen kann, daß die Rheinlande und ihre Zugehörigkeit zum Reiche und zu Preußen unangetastet bleiben müssen, und daß keine irgendwie verschleierte Form der Annexion, möge sie internationale Gendarmerie oder neutrale Oberaufsicht heißen, für uns diskutabel ist. (Bravo!)

Ich wiederhole: Es gibt keine Rheinlandfrage für die deutsche Regierung. (Bravo!) Es gibt deshalb keinen Kompromißweg, den wir in dieser Frage betreten können. (Lebhaftes Bravo!)

In dieser Frage ist sich die Reichsregierung eins mit den Regierungen der Länder. Wir brauchen keine Sorge zu haben um die Rheinlandfrage, weil das rheinische Volk, Männer und Frauen, die seit vier Jahren nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages die Besetzung als treue Deutsche ertragen haben, auch jetzt die schwersten sechs Monate haben über sich ergehen lassen, ohne daß jemand an ihrem Deutschtum oder an ihrem deutschen Herzen habe zweifeln können. Wir wissen ihnen Dank, daß es so ist. Das gibt uns die Hoffnung, daß die eigentliche Waffe, die Sie in der Hand haben, die

Waffe des passiven Widerstandes,

uns auch zu einer Lösung bringen werde. In der Frage einer besonnenen und festen Haltung in der Lösung der außenpolitischen Fragen ist die Reichsregierung mit der preußischen Regierung und mit den Regierungen der Länder einig. Sondermeinungen, wie sie der Leiter eines Landes in den letzten Tagen geäußert hat, werden zum Ausgleich gebracht werden. Aber noch eins ist notwendig, wenn Sie im Kampfe gegen den hereingebrochenen Gegner täglich Schweres und Schwerstes haben erdulden müssen. Wenn es Ihnen manchmal so schwer wird und wenn Sie aus Ihrem deutschen Empfinden heraus sagen: Es kann nicht mehr in Ruhe ertragen werden, dann bedenken Sie, daß

Unbesonnenheiten irgendwelcher Art

die Lösung des Konfliktes nicht bringen werden. Wir müssen besonnen im Rahmen des passiven Widerstandes bleiben.

Denn nichts würde schwerer sein, als das zu ertragen, was eintreten und geschehen würde, wenn Sie die Waffe des passiven Widerstandes aus der Hand geben würden.

Auf dem Wege, den wir beschritten haben, ist doch wenigstens ein kleiner Schritt vorwärts getan worden. Durch die Schritte, die die Regierung getan hat, sind der Welt die Augen etwas mehr geöffnet worden. Es sind Bemühungen im Gange, die eine große Frage vor aller Welt zu erklären hat: Was will Frankreich? Will Frankreich wirtschaftliche Verhandlungen, will es Reparationen oder will Frankreich Annexionen? Ich kann Ihnen heute zwar die Frage nicht beantworten, wielange es noch dauern wird, aber die andere Frage: Was wird werden, wenn die rheinische Bevölkerung die schweren Lasten nicht zu Ende trüge, sondern vorzeitig den passiven Widerstand aufgeben würde?

Dann wäre es um Deutschland, um das deutsche Volkstum im Rheinlande, um den wirtschaftlichen Zusammenhang des Rheinlandes mit Deutschland und mit Preußen geschehen, dann wären allerdings alle die Opfer, die endlosen Opfer an Gut und Blut, an Freiheit und Eigentum vergeblich gewesen.

Der Heilige Vater hat in den letzten Tagen einen Mahnruf an die Welt gerichtet, der dahin geht, Frieden zu machen und den Willen zur Verhandlungsbereitschaft und zur Erfüllung unserer Verpflichtungen, den wir auch zum Ausdruck gebracht haben, zur Grundlage für einen Ausgleich des Konflikts zu machen. Wir zeigen Dank, daß dieser Schritt geschehen ist, und wir hoffen, daß auf der anderen Seite das Wort einer so neutralen Stelle ein williges Ohr findet.

Unbesonnenheiten, von welcher Seite sie auch kommen, mögen sie von rechts oder links kommen, verurteile ich. Alles, was Parteihader und Zwistigkeiten in das Volk hineingetragen haben, muß hinter die eine große Frage treten: Wie rette ich mein Vaterland, wie gebe ich mein Alles hin für das Vaterland? (Bravo!) Wir können jetzt keine Parteipläne mit Dynamit und Revolver durchführen, dazu ist es jetzt nicht an der Zeit. Besonnen bleiben, aber auch fest bleiben in der Stimmung, darauf kommt es an!

Wenn jemand von Ihnen den Eindruck haben sollte, als ob die Regierung sich in außerpolitischer Hinsicht passiv untätig verhielte, denken Sie daran, daß

Außenpolitik nicht auf der Straße gemacht

werden kann; an keinem Tag ruhen unsere Bemühungen. Das werden einst die Akten ergeben, die während dieser Regierungszeit entstanden sind. Und sodann ein zweites: Keine Regierung, wie immer sie auch zusammengesetzt sein mag, kann mit ihren Maßnahmen wirklich etwas erreichen, wenn nicht alle Kreise des Volkes hinter ihr stehen. (Sehr richtig!) Denn nicht mit Polizeigewalt, nicht mit einer Strafandrohung werden in der heutigen Zeit, wo die Staatsautorität bedroht ist, wo weite Kreise des Reiches von dem Reiche abgeschnitten sind, sich die wirtschaftlichen Gesetze durchführen lassen. Dazu gehört die Frage des Wuchers, dazu gehört die Frage der Preisstellung, die Frage der Anpassung der Löhne an die Preise, dazu gehört vor allen Dingen

die Frage unserer Währung.

In dieser Lebensfrage unseres Vaterlandes muß der Sinn für die Allgemeinheit dem Egoismus vorangestellt werden, es gibt doch eine deutsche Kaufmannsehre. So richte ich auch insbesondere an Sie hier im besetzten Gebiet die aufrichtige Bitte, gerade in dieser Frage der Zurückstellung eigener Interessen in finanziellen Dingen ihre Schuldigkeit zu tun. Ich richte die gleiche Ermahnung auch an die in der Heimat am Devisenhandel beteiligten Kreise damit sie ebenso wie sie in der Rheinlandfrage es sind, in der Frage der Abwehr des fremden Eingriffes zusammen bleiben und fest entschlossen, einig und opferbereit. Ich hoffe, daß Sie alle und auch spätere Zeiten einst sagen können daß das deutsche Volk in allen seinen Schichten und zusammen mit der Regierung sich würdig erwiesen hat des deutschen Namens und der deutschen Ehre. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Vorsitzende des Provinziallandtages,

Oberbürgermeister Dr. Jarres,

antwortete mit einer bedeutungsvollen Rede, in der er ausführte: „Im Namen der ganzen Versammlung danke ich dem Herrn Reichskanzler für die warmen, stützenden und stärkenden Worte. Mit Genugtuung stelle ich hiermit nochmals fest, daß während der ganzen Verhandlungen hier im Hause in den Punkten, um die es sich handelte, alle Parteien einig waren, und auch aus den Ausführungen des heutigen ersten Redners klang heraus die Entschlossenheit, die Rheinlande in ihrer Staatsform zu erhalten und gegen die fremde Willkür und die fremde Macht mit der ganzen Kraft des Volkes anzugehen, und das sind die beiden Punkte, auf die es ankommt. Der Widerstand muß aufrechterhalten werden und wird aufrechterhalten. (Bravo!)

Nach Fühlungnahme mit den Parteien darf ich, Herr Reichskanzler, Ihnen sagen, daß selbst dann, wenn die Regierung in Berlin den Wunsch haben sollte, was ich für ausgeschlossen halte, den Widerstand aufzugeben, daß dann die rheinische Masse einig mit den Kämpfern in den anderen bedrängten Volksgebieten einer solchen Weisung nicht folgen könnte. (Stürmisches Bravo!)

Und worin wir ferner einig sind, daß ist die zukünftige Gestaltung des Rheinlandes. Wir sind bei Preußen, wir bleiben bei Preußen, wir sind bei Deutschland und wir bleiben bei Deutschland (Bravo!) und über die Staatsform, in der wir in Zukunft leben wollen, entscheiden wir Rheinländer selbst. (Bravo!)

Darauf wurde der Provinziallandtag durch den Oberpräsidenten Fuchs geschlossen.

*

Reichskanzler Cuno u. Dr. Becker auf der Jahresversammlung des Eisen- und Stahlwarenindustriebundes.

Py. **Elberfeld**, 28. 6. (Eigenbericht.) Die vierte Jahresversammlung des Eisen- und Stahlwarenindustriebundes wurde zu einer großen Kundgebung der Wirtschaft des Bergisch-Märkischen Landes zu Rhein und Ruhr und für die bedrohte deutsche Wirtschaft. Die Anwesenheit des Reichskanzlers und des Reichswirtschaftsministers gab der Tagung ihre besondere Note. Der Kanzler hielt nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Fabrikant Dr. Funcke eine mit starkem Beifall aufgenommene kurze Rede. Er führte u. a. aus, er wisse, daß die Wirtschaft bereit sei, im Abwehrkampf fest zusammenzustehen mit der Reichsregierung. Dieser Abwehrwille finde bei der Regierung lebhaften Widerhall. Sie sei bereit, alles zu tun, um die Nöte der schwerbetroffenen Eisen- und Stahlwarenindustrie zu lindern. Hilfe der Wirtschaft sei Hilfe am Volk. Wenn das deutsche Volk in Ruhe und Frieden leben könne, so werde der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft rasch wieder vor sich gehen.

Im weiteren Verlaufe der Tagung hielt sodann der Oberregierungsrat Treibe von der Generalbetriebsleitung West einen längeren Vortrag, in welchem er auf die Folgen des Ruhreinbruchs auf das Verkehrswesen des Westens hinwies. Mit einer Warnung, den Abwehrkampf der Eisenbahner nicht durch Benutzung der Regiezüge zu schwächen, fand er allseitige Zustimmung.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker,

der darauf das Wort nahm, unterstützte die Bitte des Vorredners nach drei Richtungen hin, einmal keine Regiebahnen zu benutzen, zum anderen die ausgewiesenen Eisenbahner im unbesetzten Deutschland freundlich aufzunehmen und drittens, daß die Presse des unbesetzten Gebietes mehr als bisher ihre Spalten den Schilderungen aus dem besetzten Gebiet öffne. In der Beantwortung verschiedener von den Vorrednern gestellten Fragen ging der Reichswirtschaftsminister auf die Ausfuhrabgaben, die Außenhandelskontrolle und die Devisenpolitik besonders ein.

Infolge der neuerlichen Erhöhung des Dollarkurses mußte eine Neuregelung der Ausfuhrabgaben und eine neue Einschränkung der Freiliste in Aussicht genommen werden. Die entscheidende Sitzung wird in der nächsten Woche im Reichswirtschaftsministerium stattfinden. Er habe die Ueberzeugung, daß es

nur eine vorübergehende Maßnahme

sei, und in diese müsse man sich schicken. Er glaube, daß man heute vormittag bei der Besprechung mit Banken und Wirtschaftskreisen in Elberfeld einen neuen Weg gefunden habe, der die schlimmsten Schäden vermeidet und der diesen Zustand zu einem erträglichen macht. Er wisse wohl, daß das beste Mittel gegen das Abgleiten der Mark die Förderung der Ausfuhr sei, um möglichst viel Devisen durch Ausfuhr hereinzubekommen. Trotzdem müsse man angesichts der jetzigen Lage des Bestand an Devisen auf das alleräußerste Maß einschränken. Dabei sei natürlich eine gewisse Vorratspolitik zu berücksichtigen.

Severing für direkte Verhandlungen mit Frankreich.

Bielefeld, 28. 6. (T. U.) In einer stark besuchten Versammlung in der Zentralhalle zu Bielefeld entwickelte der preußische Innenminister Severing seine Ansicht über die außen- und innenpolitische Lage. Ausgehend von der letzten deutschen Note schilderte er die Politik, die das Kabinett Cuno bisher betrieben habe. Es sei doch allmählich eine wachsende Erkenntnis bei unseren Feinden festzustellen. Er glaube zwar nicht an einen englischen Protest gegen die französische Politik, sondern er erwarte im augenblicklichen Stadium mehr von direkten Verhandlungen mit Frankreich. Der passive Widerstand werde nicht aufhören, es sei ein Kampf des guten Gewissens gegen französische Bajonette. Aktiver Widerstand aber wäre Torheit. Andererseits müsse er sich entschieden gegen die sogenannten kommunistischen Hundertschaften einsetzen. Die Gestattung derselben sei das Signal zum Bürgerkrieg.

Markkurs in New York 0,0007¼ Geld, 0,0007⅞ Brief: der Mittelkurs entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 136 706.

Theunis zur Kabinettsbildung bereit.

Vertrauenskundgebung der Rechten und der liberalen Linken.

S. **Paris**, 28. 6. (Eigenbericht.)

Aus Brüssel trifft die amtliche Nachricht ein, daß Ministerpräsident Theunis sich entschlossen habe, durch seine heutigen Verhandlungen mit den Parteiführern die Neubildung des belgischen Kabinetts zu übernehmen. Er hat heute nachmittag den König hiervon in Kenntnis gesetzt. Nähere Einzelheiten über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts sind hier bis zur Stunde noch nicht bekannt.

Diesem Schritt Theunis' war eine Vertrauenskundgebung der Rechten und der liberalen Linken vorausgegangen.

Danzig appelliert an den Völkerbund.

F. **Danzig**, 28. 6. (Eigenbericht.)

Der Danziger Senat hat in einer Note dem polnischen diplomatischen Vertreter in Danzig mitgeteilt, daß er wegen der Ausweisung von 16 Danziger Staatsangehörigen aus Polen die Entscheidung des Hohen Kommissars des Völkerbundes angerufen hat. Außerdem ist der bereits zur Völkerbundstagung in Genf weilende Senatspräsident Sahm davon verständigt worden, daß er wegen dieser Angelegenheit sofort beim Rat des Völkerbundes interpelliert.

Polen als Kläger gegen Deutschland im Haag zugelassen.

Haag, 28. 6. (W. T. B.) Der ständige internationale Gerichtshof hat in der Angelegenheit des Dampfers „Wimbledon" dem Ersuchen der polnischen Regierung, sich den von Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan gegen Deutschland anhängig gemachten Verfahren anschließen zu dürfen, stattgegeben, aber nicht auf Grund des Artikels 62 des Statuts des Gerichtshofes, wonach ein juristisch an der Frage interessierter Staat als Kläger zuzulassen ist, sondern auf Grund des Artikels 63, wonach Teilnehmer an einem Vertrag das Recht zur Intervention haben, wenn es sich um die Frage handelt, ob der Vertrag verletzt worden ist. Im vorliegenden Falle handelt es sich um die Auslegung des Versailler Diktats. Die Hauptverhandlung in der „Wimbledon"-Angelegenheit wurde auf den 5. Juli festgesetzt.

Minderheitenfragen vor dem Kongreß der Völkerbundsligen.

Wien, 28. 6. (W. T. B.) In der gestrigen Sitzung des Kongresses der Völkerbundsligen wurden vierzehn Resolutionen über die nationalen Minderheiten einstimmig angenommen, welche die Verpflichtung für alle Staaten aufstellen, die bürgerlichen Rechte jedermann ohne Unterschied der Rasse, Nationalität und Religion zu gewähren und zur Feststellung der Rechtsverhältnisse der Minoritäten den Abschluß eines allgemeinen Vertrages sowie besondere Uebereinkommen zwischen den einzelnen Nachbarstaaten, ferner die Einsetzung einer Spezialkommission vorschlagen. Ferner wird die Errichtung einer Spezialkommission für Minoritätsangelegenheiten beim Völkerbund und Zuständigkeit des internationalen Gerichtshofes im Haag für Minoritätsangelegenheiten vorgeschlagen.

Heute Eröffnung der Tangerkonferenz.

London, 28. 6. (W. T. B.) Wie Reuter erfährt, wird die erste Sitzung der britischen, französischen und spanischen Sachverständigen in der Tangerfrage morgen vormittag im Foreign Office abgehalten werden. Nur drei unmittelbar in Betracht kommende Vertreter werden daran teilnehmen.

Riesenbrand in der Verbotenen Stadt zu Peking.

Peking, 28. 6. (W. T. B.) Bei dem Brand in der Verbotenen Stadt sind drei berühmte Paläste zerstört und viele wertvolle Kunstwerke vernichtet worden. Der Kaiser soll den ersten Alarm um Mitternacht selbst gegeben haben, aber die Wächter sollen sich zuerst geweigert haben, die Feuerwehr zuzulassen, weil sie Plünderungen befürchteten. Als die Feuerwehr endlich erschien, waren bereits mehrere Gebäude zerstört. Schließlich wurde der Brand durch Niederlegen kleinerer Gebäude gelöscht. Der Brand wird auf Kurzschluß zurückgeführt.

Blutige Rache an deutschen U-Boot-Kommandanten.

London, 28. 6. Aus Düsseldorf meldet die „Daily Mail", daß sich in den nächsten Tagen drei deutsche U-Boot-Kommandanten wegen „Sabotage", die mit dem Tode bestraft werde, vor den französischen Gerichten zu verantworten hätten. Es handele sich um den ehemaligen U-Boot-Kommandanten Paul Andler, der vor etwa 14 Tagen Explosivzerstörungen am Rhein-Herne-Kanal versucht habe, und um einen Kapitän Otto Horten, der am 14. Juni wegen „Sabotage" verhaftet wurde. Der dritte Angeklagte ist wohl der von den Belgiern mißhandelte U-Boot-Kommandant Hans Rose.

*

Eine Bestätigung dieser Meldung der franzosenfreundlichen „Daily Mail" liegt von deutscher Seite noch nicht vor.

Weitere 240 Millionen Franken für das Ruhrabenteuer.

Paris, 28. 6. Die Regierungsvorlage über die Bewilligung von weiteren 240 Millionen Franken für die Ruhrexpedition ist heute dem Finanzausschuß des Senats zugegangen und bewilligt worden. Morgen wird sich der Senat mit ihr befassen.

Paris macht Front gegen den Papstbrief.

Die beiden Hauptforderungen unerfüllbar. — Vertretung beim päpstlichen Stuhl überflüssig.

S. **Paris**, 28. 6. (Eigenbericht.)

Das Schreiben des Papstes zum Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages ist anscheinend nur durch die Vermittlung des deutschen Botschafters beim Vatikan und dazu noch auffallend spät nach Paris gelangt, so daß von den Blättern nur „Petit Journal" dazu Stellung nehmen kann. Das Blatt gibt, wenn es auch nicht vom Quai d'Orsay inspiriert zu sein scheint, so doch zweifellos die Ansicht hiesiger Regierungskreise wieder, nämlich die glatte Ablehnung der päpstlichen Anregung. Das „Petit Journal" betont zwar den gemäßigten und diplomatischen Ton dieses Schreibens, unterstreicht auch seine Bedeutung, weil der Papst sich zum ersten Male aus politischem und moralischem Interesse mit dem Problem der Reparationen und des Friedens befasse, um einen Vermittlungsversuch zwischen Deutschland und den Alliierten zu machen. Es hebt auch hervor, daß das Schreiben diesmal auch ganz genaue Vorschläge enthalte. Aber gerade diese Vorschläge seien es, die, was aus den Abendblättern auf Grund der Instruktionen vom Quai d'Orsay hervorgeht, nicht die geringste Hoffnung aufkommen lassen könnten, daß von Frankreich her dieser Schritt des Papstes irgendeinen praktischen Erfolg zeitigen könne.

Am schärfsten wird die Ablehnung heute im „Temps" ausgedrückt, obwohl das Blatt hervorhebt, daß es sich um seine private Ansicht und nicht etwa um die offizielle Meinung der Regierung handelt. Gerade die beiden positiven Vorschläge des Papstes, so meint der „Temps" mit aller Schärfe, die Einsetzung einer Kommission zur Festsetzung der deutschen Zahlungsfähigkeit und die Räumung der besetzten Gebiete vor völliger Erfüllung der deutschen Zahlungsverpflichtungen habe die französische Regierung bisher stets zurückweisen müssen. Ganz interessant ist die Schlußfolgerung des Blattes, die besagt, es könnten sich in Frankreich sehr leicht Stimmen erheben, die angesichts dieses Briefes auf die Ueberflüssigkeit der offiziellen Vertretung beim päpstlichen Stuhl hinweisen, also das genaue Gegenteil von dem, was auf Drängen des bloc national Poincaré wünscht.

In einer etwas schwierigen Lage befindet sich das klerikale „Journal des Débats", das einen kleinen Eiertanz aufführen muß, um nicht bei seiner regierungsfreundlichen Haltung gleichzeitig schwankend zu werden. In pastoralen Tönen leitartikelt das Blatt etwa folgendermaßen: Wenn der Papst schon Buße predigt, hätte er unbedingt auch die Pflicht der bösen Sünder kennzeichnen müssen. Die bösen Sünder sind natürlich die Verwüster Belgiens. Aber leider fehle jeder Hinweis auf eine Verurteilung oder Buße für diese Missetäter. Cuno, Rosenberg, Stinnes und Genossen würde also mit diesem Schreiben des Papstes lediglich ein neues Mittel in die Hand gegeben, um gegen die im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen anzugehen.

Französischer Schritt beim Vatikan.

Eine „Erläuterung" des Papstbriefes verlangt.

Paris, 28. 6. Eine Havasmeldung aus Rom teilt heute abend mit, der Kardinalstaatssekretär Gaspari werde im „Osservatore Romano" heute abend eine Note veröffentlichen, in der er alle Ausdrücke des Briefes kommentieren werde, damit nicht durch eine falsche Auslegung ein unrichtiges Bild von den Absichten des Papstes entstehe. Eine Havasmeldung, die das katholischen Kreisen nahestehende „Journal des Débats" wiedergibt, teilt mit, daß Staatssekretär Gaspari eigenhändig dem römischen Vertreter des Havasbureaus eine Kopie dieser zur Veröffentlichung im „Osservatore Romano" bestimmten Note übergeben habe.

Der französische Botschafter beim Vatikan, Jonnart, hat einen Schritt beim Kardinalstaatssekretär Gaspari unternommen und ihn um Aufklärung über die Bedeutung des Briefes des Papstes gebeten.

Sensationelle Wendung des Judet-Prozesses.

Der Schriftwechsel mit deutschen Staatsmännern eine französische Fälschung?

Paris, 28. 6. In dem Prozeß Judet ist heute die erste Ueberraschung erfolgt. Bekanntlich beruhte ein großer Teil der Anklage auf einem angeblichen Schriftwechsel zwischen Herrn von Lanken-Wackenitz und Herrn von Jagow, der, wie die Anklage behauptet, bei dem deutschen Rückzug im Jahre 1918 vorgefunden worden sein soll. Es stellte sich heute nunmehr im Laufe der Verhandlungen heraus, daß diese Angabe der Anklageurkunde unrichtig ist und daß die angeblichen Dokumente von einem Agenten des französischen Spionageabwehrdienstes in Berlin im Jahre 1919 ausgeliefert worden seien. Diese mysteriöse Persönlichkeit behauptet, daß die Dokumente in einem deutschen Ministerium gefunden worden sind. Es verlautet, daß von den Dokumenten nur ein einziges handschriftlich ist, während die anderen nur Kopien sind. Auch die Echtheit des ersten Dokuments ist noch in keiner Weise erwiesen.

Konferenzbeschlüsse der englischen Arbeiterpartei.

London, 28. 6. (W. T. B.) Die Konferenz der Arbeiterpartei nahm eine Resolution an, in der eine Kapitalsabgabe verlangt wird, und in der die Arbeitermitglieder des Unterhauses aufgefordert werden, daß sie, wenn eine solche Kapitalsabgabe nicht zustande kommt, im Parlament dahin wirken sollen, daß bei Abschaffung von Steuern in erster Linie die Besteuerung von Lebensmitteln aufgehoben wird. Eine andere Resolution verurteilt die Vermehrung der britischen Luftmacht, die einen Rüstungswettlauf mit Frankreich bedeute und eine neue Kriegsperiode einleite. Es wird verlangt, daß Großbritannien eine internationale Konferenz zur Abschaffung der Luftrüstungen einberufe. Eine dritte Resolution bezeichnet die Ruhrunternehmung als eine kriegerische Angriffshandlung und fordert Verhandlungen oder Schiedsspruch.

Wirkung des Papstbriefes auf die Ruhrpolitik.

Die „direkteste" Intervention. — Starker Eindruck in Belgien —

A. **London**, 28. 6. (Eigenbericht.)

Mit Bezug auf den Brief des Papstes über die Wiederherstellung des europäischen Friedens schreibt der „Standard", daß dieser Brief die direkteste Intervention in der Ruhrpolitik darstelle, die der Vatikan seit vielen Jahren unternommen habe. Im Anschluß an die Anspielung auf das Verhalten Frankreichs und Belgiens in der Ruhrfrage drückt der Papst in sehr deutlicher Weise die Ansicht aus, daß die letzte deutsche Offerte ehrlich gemeint sei und Beachtung verdiene. Es werde sich zeigen, wie die Anhänger auf der äußersten Rechten diese aufnehmen werden. Aber die politische Konsequenz des Briefes würde wahrscheinlich in Belgien noch weitaus größer sein, da dort der Klerikalismus eine große Rolle spiele, und es sei deshalb anzunehmen, daß die Wirkung des Briefes auf die Entwicklung der belgischen Kabinettskrise tief sein werde.

Unterhausfragen an Baldwin.

London, 28. 6. (W. T. B.) Kenworthy fragte im Unterhause den Premierminister, ob eine Antwort seitens der französischen Regierung auf die letzte britische Note über die deutschen Reparationen und die Besetzung des Ruhrgebiets eingelaufen sei, welches der Charakter der Antwort sei und ob sie dem Parlament unterbreitet werden wird. Baldwin erwiderte, er könne augenblicklich seiner Antwort vom 21. d. M. nichts hinzufügen. Kenworthy fragte, ob der Premierminister eine Information habe, wann er die Antwort erwarten könnte. Baldwin erwiderte: ich fürchte, ich kann es nicht sagen, ich werde mich sehr freuen, eine Antwort zu erhalten.

Das Parlamentsmitglied John Ward fragte den Premierminister, ob seine Aufmerksamkeit gelenkt worden sei auf den Staatsprozeß, der augenblicklich in München verhandelt werde, in dem gewisse bayerische Bürger beschuldigt würden, mit der französischen Regierung konspiriert zu haben, um einen bayerischen Sonderstaat zu schaffen, ferner, ob er von den in Frankreich im Umlauf befindlichen Gerüchten gehört habe, daß die britische Regierung die französische bei ihren **Versuchen, das Deutsche Reich zu zerstören,** unterstütze, und ob er beabsichtige, irgendeine Erklärung über diese Frage abzugeben. In einer schriftlichen Antwort teilte MacNeill hierauf mit, die Antwort auf die beiden ersten Teile der Anfrage lautete bejahend, aber die in dem zweiten Teil erwähnten Behauptungen seien vollkommen unbegründet.

Drei Franzosen bei einem Eisenbahnunglück getötet.

th. **Gelsenkirchen**, 28. 6. (Eigenbericht.) Bei dem bereits gemeldeten französischen Eisenbahnunglück, das sich gestern abend in der Nähe des Hauptbahnhofs Gelsenkirchen ereignete, sind als Verlust des französischen Eisenbahnpersonals bisher drei Tote bekannt geworden. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest. Die Unglücksstätte bildet einen wüsten Trümmerhaufen. Die Franzosen sind ängstlich bemüht, jede Besichtigung der Unglücksstelle zu verhindern. Sie haben diese in weitem Umkreis abgesperrt mit Stacheldrähten und schießen auf jeden, der sich unbefugt derselben nähert. — Heute morgen haben die Franzosen die Vertreibung der Gelsenkirchener Eisenbahner fortgesetzt. Schon um fünf Uhr früh wurden die ersten Eisenbahner aus den Betten geholt und abgeführt. Insgesamt wurden heute 14 Eisenbahner an die Grenze gebracht, während die Familien am Samstag nachgeschickt werden.

Der stellvertretende Regierungspräsident in Düsseldorf, Oberregierungsrat Thiemann, ist heute morgen von den Franzosen verhaftet worden.

Die Hohensyburg ist im Laufe der Nacht besetzt worden. Heute morgen hißten die Franzosen vor dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal die Trikolore.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	28. 6.	27. 6.		28. 6.	27. 6.
Tägl. Geld	6 %	5½ %	Brüssel	—.—	5.23
Berlin	0,0007¼ G	0,0007¼ G	Amsterdam	39.15	39.20
	0,0007⅞ B	0,0007⅞ B	Zürich	—.—	17.80
höchste	0,0007¼	0,0007¼	Kopenhagen	17.71	17,67
niedrigste	0,0006½	0,0006	Prag	3.00	2,99
London			Rom	—.—	4.49
Kabel T.	4.59.50	4.60.75	Madrid	—.—	14.73
Lond. 60 T.	4.57.12	4.58.75	Silber, ausl.	63⅛	63⅛
Paris	6.12	6.15	„ inl.	—	—

New York, Produktenmarkt.

	28. 6.	27. 6.		28. 6.	27. 6.
Kaffee loco	11¼	11¼	Zinn	5.75	5.75
„ Juli	8,75	8.70	Eisen	29,00	29.00
„ Sept.	7,75	7.76	Weißblech	5,62	5,62
„ Dezbr.	7.43	7.44	Schmalz	11.72½	11,80
„ März	7.30	7.40	Talg	7⅛	7⅛
„ Mai	7,30	7.40	Bw. Saatöl l.	10.85	10.70
Baumwolle l.	28.55	28.20	„ Juli	10.72	10.75
„ Jan.	—.—	—.—	Petroleum Ca.	15,90	15,90
„ Juli	27.33	26.95	„ Tanks	6,00	6,00
„ Aug.	26.75	26.15	„ Stand wh	13,00	13,00
„ Sept.	25,67	25,25	„ Cred. bal.	3,25	3,25
„ Okt.	24.91	24.49	Zucker	6.91	7.60
Zufuhr	4 000	3 000	Terpentin	0,97	0.97
Kupfer el.	14¾-15	15	„ Sav.	0,88½	0,88½
Blei	7.00	7.00	Baumw. N.-Orl.	28.75	28.25

	28. 6.	27. 6.		28. 6.	27. 6.
Weizen, W.	126¾	125¼	Mehl, sp.	5.00-5.50	5.00-5.50
Hartw.	121¾	120¼	Getrfr. Engl.	1 sh 6 d	1 sh 6 d
Mais n. Ernte	94	96¼	[illegible]	8 cts	8 cts

Chicago, Produktenmarkt.

	28. 6.	27. 6.		28. 6.	27. 6.
Weizen Juli	102¼	101¼	Rippen Juli	8,92½	9,00
„ Sept.	102⅜	101⅜	Speck niedr.	8,75	8,75
Mais Juli	81⅞	82¼	„ höchst.	9.50	9.62½
„ Sept.	77⅛	78¼	Schweine leichte niedr.	6.65	6.75
Hafer Juli	41⅞	41	Schweine höchst.	7.25	7.40
„ Sept.	37½	37⅞	Schwere niedr.	6.50	6.65
Roggen Juli	63⅞	62¼	Schweine höchst.	7.15	7.25
„ Sept.	66¼	65⅞	Zufuhr Chicago	46 000	32 000
Schmalz Juli	10.77½	10.82½	„ Westen	150 000	158 000
„ Sept.	11.00	11.07½			

Um Reich und Reichsregiment.

Von **Dr. Richard Bahr.**

In dem Buch, das Hugo Preuß über die seiner Konzeption entsprossene Reichsverfassung geschrieben hat (Deutschlands republikanische Verfassung. Verlag Neuer Staat, Berlin), steht ein Satz, den man auch heute schon nicht ohne Wehmut, beinahe nicht ohne Erschütterung lesen kann. „Die Verfassung, heißt es da, hat die Zuständigkeiten des Reichs in einer Weise ausgebaut, die den Scheidelinien der Landesgrenzen immer mehr von ihrer Bedeutung nehmen muß und dem Reich die Fähigkeit gibt, den Beruf zu erfüllen, der ihm nach einer sachgemäßen territorialen Neugliederung zufallen muß: als die Zentralgesetzgebung und Zentralverwaltung Deutschlands." Jeder Blick in unsere chaotisch zerwühlte Umwelt zeigt leider, daß wir von solchem Ende weiter entfernt sind denn je. Die Territorien, die man, um ihnen den Staatlichkeitsehrgeiz zu nehmen, von Verfassungs wegen zu „Ländern" degradiert hatte, erfreuen sich längst wieder ihrer Libertät. Unbekümmert um das Ganze leben sie, nicht alle, doch viele und maßgebliche, ihren Eigensüchten nach, wobei es für den Effekt keinen Unterschied macht, ob sie von dem überkommenen Sondertum der Stämme oder dem neuen Moment des fraktionellen Partikularismus bestimmt werden. Der Zentralverwaltung aber fiel das trübselige Los zu, je nachdem ein Auge oder beide zuzudrücken, nicht zu bemerken, was sie doch nicht hindern kann und wie im ausgehenden Mittelalter durch Bittgänge bei den widerborstigen Reichsständen um die Verhütung des Schlimmeren sich zu mühen.

Trägt daran wirklich, wie dieser Tage ein Autor, das heutige Reich ohne sonderliche historisch-politische Einsichten mit dem Bismarckischen vergleichend, gemeint hat, der „Dilettantismus" von Weimar die Schuld? Oder steigen die zerstörenden Kräfte nicht vielmehr aus der Veranlagung dieses Volkes, aus Art und Unart der Deutschen auf? Verfassungen können der Ausdruck vorhandener Machtverhältnisse sein: das war der Fall von 1867 und 1871. Nach der November-Revolution war dieser Weg nicht gangbar: er hätte uns sonst leicht in die Rätediktatur geführt. Oder aber es sind Entwürfe, dazu ausersehen, den Rahmen für die Zukunft zu spannen. Ein Bau wird errichtet, in den, arbeitend und schaffend, verlernend und sich einfühlend das Volk organisch hineinwachsen soll. Das ist der Fall von Weimar gewesen. Und so betrachtet, wird man auch diesem Werk mit Ehrfurcht begegnen dürfen. Es ist sicher nicht vollkommen, zahlreiche Probleme blieben ungelöst, tief in das Leben von Reich und Einzelstaaten greifende Dinge ungeordnet. Die wohlmeinenden Sprüche und Sentenzen, die als sogenannte Grundrechte an den Schluß der Verfassung gestellt wurden, konnten für derlei Unterlassungen ebensowenig Ersatz bieten wie alle Opfer an eine ausschweifende demokratische Ideologie. Dennoch: um die Einheit der deutschen Nation, des letzten Guts, das wir aus dem Zusammenbruch noch gerettet hatten, haben die zu Weimar Verfassung Schöpfenden mit heißem Willen und reinen Händen sich gemüht. Ich möchte, zum anderen Male, Preuß zitieren: „daß die Einheit des Volks und Reichs das Primäre, die Gliederung in Länder das Sekundäre ist, das steht nicht nur an der Spitze, sondern durchzieht als Leitgedanke den ganzen Inhalt der Verfassung".

*

Die Erfahrungen, die wir seither mit einander gemacht haben, erwiesen leider, daß damit für die Welt der harten Tatsachen noch sehr wenig ausgerichtet wurde. Das Reich als Form und leere Hülle hatte schließlich durch all die Jahrhunderte bestanden, auch als es selber längst zugrunde gegangen war. Ungefähr seit dem Sturz der Staufer-Herrschaft waren die Fürsten „das Reich" gewesen. Sie waren nominell es auch im Staate Bismarcks geblieben. In Wahrheit war, was man freilich vergessen hatte und auch heute noch in durchaus verständlichen romantischen Wallungen zumeist zu vergessen liebt, dies Bismärckische Reich, immer nur das „verlängerte Preußen" des alten Kaisers. Es war stark, weil das preußische Königtum stark war und aus drei siegreichen Kriegen eine unvergleichliche internationale Stellung heimgebracht hatte. Indes, da es geborsten war, zeigte sich bald, daß das Reich im Grunde ohne eigene Organe gelebt hatte. Die Klammern, die Otto von Bismarcks Schöpfung zusammengehalten hatten, waren zu Boden gefallen und ließen nicht wieder sich aufheben. Nicht das Königtum, nicht das Heer, das wir auf Feindes Geheiß zertrümmern mußten, nicht die vielleicht feinste Blüte preußischer Kultur, das Beamtentum, in das viel oder wenig doch schon die Parteimaschinerie des Parlamentarismus eingedrungen war. Die durch allerlei kleine Geschenke und behutsame Höflichkeiten erkaufte preußische Hegemonie des primus inter pares war unter den veränderten Zeitläuften nicht wieder herzustellen. Es gab für die Neugestaltung Deutschlands wirklich gar keinen anderen Weg als an die „politische Selbsterziehung des Volks" zu appellieren. So hat man in Weimar versucht, es Bismarck nachzutun, und zwar nicht Deutschland, aber das Volk der Reichsdeutschen in den Sattel zu setzen. Leider einstweilen mit vorwiegend negativem Erfolg. Zu reiten hat dieses Volk bis hierzu immer noch nicht gelernt . . .

*

Die Republik verfügt über selbständige und verantwortliche Reichsminister, aber über eine reichseigene Verwaltung verfügt sie nicht. Täglich und stündlich trifft die Zentralgewalt auf die Egoismen der Länder, die vielfach mit den Egoismen der Parteiungen, so links wie rechts gerichteter, identisch sind. In fruchtlosen Reibungen mit Mächten, die wuchtiger sind als sie, verzettelt sie ein gut Teil ihrer Kräfte. Trotzdem wird sie tagaus tagein beschworen, bedrängt und bestürmt: durchzugreifen, Stärke zu zeigen, mit schonungsloser Härte die Wechsler zum Tempel hinauszutreiben. Diese Beschwörungsformeln sind rührend, wenn sie von der gutgläubigen Unschuld stammen, die an der Peripherie des politischen Lebens siedelt